

# Referenten

der Westfälischen Friedenskonferenz 2023



**Ahmed Alattar** ist der Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) in der Bundesrepublik Deutschland.

2004 begann er den Bachelorstudiengang Erdöl-Geowissenschaft (Petroleum Geoscience) an der Khalifa University und schloss diesen 2009 ab. Von 2012-2013 absolvierte er den Masterstudiengang der Internationalen Sicherheit an der UCL. Den Master of Business Administration and Management machte er von 2020-2022 an dem Europäischen Institut für Betriebswirtschaftslehre (INSEAD) in Frankreich. Seine berufliche Laufbahn begann er bei dem emiratischen Energie-Konzern ADNOC. Danach war er in einem Thinktank in Abu Dhabi tätig und gründete zudem mehrere Startups in London und Abu Dhabi.

2017 begann er seine Tätigkeit im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Internationale Zusammenarbeit als Berater des Außenministers. Im Jahre 2018 wurde er stellvertretender Direktor für europäische Angelegenheiten und anschließend Stabsleiter des Außenministers bis August 2022.

Im März 2023 trafen sich Ministerpräsident Hendrik Wüst, Nathanael Liminski und der Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate Ahmed Alattar. Im Mittelpunkt des Austauschs standen neben der Energiewirtschaft insbesondere Möglichkeiten des weiteren Ausbaus der bilateralen Zusammenarbeit. Rund 100 Unternehmen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten haben sich in Nordrhein-Westfalen niedergelassen



**Elmar Brok** (\*1946, CDU/CSU; EVP) war Mitglied des Europäischen Parlaments von 1980–2019.

Vor seiner Tätigkeit im EU-Parlament studierte er Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft an der Universität of Edinburgh, welches nicht abschloss. Er absolvierte eine Ausbildung als Rundfunkjournalist und arbeitete in diesem Bereich für Rundfunk und Zeitungen.

Seit 1973 hatte Brok zahlreiche Ämter und Vorsitze auf international-europäischer Ebene inne. Beispielsweise war er Gründungsvorsitzender sowie 1991–2002 stellvertretender Vorsitzender der International Democrat Union, 1987–1994 sozialpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion. 1990 war Brok Obmann der EVP im Sonderausschuss zur Deutschen Einheit. 2016 vertrat er das EU-Parlament bei den Brexit-Verhandlungen sowie bei den Verträgen von Amsterdam (1996/1997), Nizza (2000) und Lissabon (2007).

Im Rahmen seiner Tätigkeit im EU-Parlament war er seit 1989 Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Europapolitik, 1999–2017 Co-Vorsitzender des Transatlantic Legislators' Dialogue des EU-Parlaments und US-Kongresses. Zudem war er Mitglied des Parteivorstandes der EVP, Co-Vorsitzender der EVP-Außenminister und stellvertretender Vorsitzender des Weltverbandes des Christlich-Demokratischen Parteien. 1999–2007 und 2012–2017 saß er dem Auswärtigen Ausschuss des EU-Parlaments vor.

1991–2011 war Brok Senior Vice-President Media-Development der Bertelsmann AG sowie 2011–2014 Berater des Bertelsmann-Vorsitzenden. Zudem war er in seiner Funktion als Bertelsmann-Mitarbeiter Generalsekretär der European Film Company Association und des Global Business Dialogue for Electronic Commerce.

Brok ist Mitglied in zahlreichen Stiftungen und Kuratorien. Darunter ist er Ehrenpräsident der Europa Union Deutschlands, Präsident der Union Europäischer Föderalisten, Vizepäsident des Kuratoriums des Instituts für Europäische Politik, Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. und Vorsitzender der Studiengruppe „Europapolitik“.

Brok ist verheiratet und hat drei Kinder.



**Luigi di Maio** (\*1986) ist seit Juni 2023 Beauftragter der Europäischen Union für die Golfregion und war 2019–2022 Außenminister Italiens.

2013–2018 war di Maio Vizepräsident der Abgeordnetenversammlung (Camera dei deputati) Italiens sowie Mitglied des European Union Affairs Committee. Er war damit jüngster Vizepräsident der Abgeordnetenversammlung in der Geschichte der italienischen Republik. 2018–2019 war er stellvertretender Premierminister Italiens, Minister für wirtschaftliche Entwicklung (Ministero dello Sviluppo Economico) sowie für Arbeit und Sozialpolitik (Ministero del Lavoro e delle Politiche Sociali) unter Ministerpräsident Giuseppe Conte.

Während seiner Amtszeit als Außenminister führte er unter anderem den Vorsitz beim G20-Außenministertreffen, beim G20-Handelsministertreffen, beim G20-Ministertreffen zu Afghanistan, bei der Plenarsitzung der Internationalen Anti-Daesh-Koalition im Juni 2021 sowie beim ersten Mittelmeer-Ministerdialog zur Ernährungssicherheitskrise im Juni 2022.

Er war Vorsitzender der drei jährlichen Ausgaben (2019, 2020, 2021) der MED-Dialog-Konferenz, die darauf abzielt, in einer Zeit der Pandemie und des politischen und wirtschaftlichen Wandels eine positive Agenda für den gesamten Mittelmeerraum zu entwickeln, die auf Multilateralismus als Konfliktlösungsstrategie beruht.



**Andreas Engelhardt** (\*1960) ist seit Oktober 2012 Geschäftsführender Gesellschafter der Schüco International und seit September 2014 persönlich haftender Gesellschafter der Schüco International KG.

Von 1977-1980 absolvierte Andreas Engelhardt eine Ausbildung zum Industriekaufmann (DEVALIT-Automobilzulieferer) und anschließend seinen Wehrdienst.

Herr Engelhardt war von 1993–2001 Geschäftsführer der illbruck Bauprodukte International sowie Geschäftsführer der illbruck Automotive International. Anschließend übernahm er in den Jahren 2001–2002 die Interims- Geschäftsführung der HP-Pelzer Group in Witten.

Von 2002-2005 war er Mitglied des Vorstands der Bürger Aktiengesellschaft in Hildesheim und 2003 wurde Engelhardt anschließend zum Vorstandsvorsitzenden der Gruppe. Die Bürger AG produziert und handelt mit Wärme-, Kälte-, Schall- und Brandschutzprodukten für die Bauindustrie, betreibt die hagebau- Baumärkte und weitere Baustoffhandlungen. Zuletzt war Andreas Engelhardt sieben Jahre lang (2005-2012) Vorsitzender der Geschäftsführung der William Prym Gruppe.

Andreas Engelhardt ist Mitglied des Aufsichtsrats der Saint Gobain ISOVER, Ludwigshafen, der Surteco SE, Buttenwiesen sowie der BDO AG, Hamburg und Mitglied des Beirats der Deutschen Bank Bielefeld.

Seit 2016 ist er Mitglied des Petersburger Dialogs und Kuratoriumsmitglied der 2° Stiftung.



**Botschafter a.D. Prof. Dr. h.c. Wolfgang Ischinger** (\*1946) war Botschafter in Washington und London und bis 2022 Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz.

Nach seinem Abitur studierte Ischinger 1966–1972 Rechtswissenschaften an der Universität Bonn und legte 1972 sein erstes juristisches Staatsexamen ab. Er ist zweifacher Stipendiat des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und studierte in diesem Rahmen 1967 Rechtswissenschaft an der Universität Genf sowie 1972–1973 Völkerrecht, Internationale Wirtschaftsbeziehungen und Zeitgeschichte an der Fletcher School of Law and Diplomacy in Medford, Massachusetts und an der Harvard Law School in Cambridge, Massachusetts. Diese Studien schloss er mit dem Master of Arts ab.

1973–1975 war Ischinger im Kabinett des Generalsekretärs der Vereinten Nationen in New York tätig, bevor er 1975 in den Auswärtigen Dienst eintrat. In diesem Rahmen war er 1982–1990 persönlicher Mitarbeiter des damaligen Bundesaußenministers, 1993–1995 Leiter des Planungsstabs und ab 1995 Politischer Direktor des Auswärtigen Amtes. Von 1998–2001 war er Staatssekretär und anschließend, 2001–2008, Botschafter zunächst in Washington und dann in London. 2008 übernahm er den Vorsitz der Münchner Sicherheitskonferenz, welche unter seiner Führung von zwei Mitarbeitern zu einer Belegschaft von über 50 Festangestellten wuchs. Währenddessen war er 2008–2014 Generalbevollmächtigter der Allianz SE Versicherung in München. 2015 nahm Ischinger eine Professur für Sicherheitspolitik und diplomatische Praxis an der Hertie School of Governance in Berlin an.

2007 vertrat Ischinger die EU in den Troika-Verhandlungen über den Kosovo und 2014 die Organisation für Sicherheit und Zusammenhalt in Europe (OSCE) bei den Bemühungen um nationalen Dialog in der Ukraine. Im August 2023 war er bereits in Münster zu Gast und sprach im Münsteraner Dom zum Thema „Sicherheit vor Russland – ist Frieden möglich? Gedanken zu einer künftigen Sicherheitsordnung Europas“.

Ischinger ist Träger zahlreicher Auszeichnungen, darunter das Bundesverdienstkreuz und die Französische Ehrenlegion. Des Weiteren ist er Mitglied diverser Stiftungen.

Ischinger ist verheiratet und hat drei Kinder.



**Dr. Othmar Karas** (\*1957, ÖVP) ist seit 2022 der Erste Vizepräsident des Europäischen Parlaments. In der aktuellen Legislaturperiode, die noch bis 2024 andauert, sitzt er im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON), im Präsidium sowie als Stellvertreter in acht weiteren Ausschüssen und Delegationen.

Zu seinen Zuständigkeiten gehören u.a. die Beziehung zu den nationalen Parlamenten, der Informationspolitik und der Presse und die Vertretung der Präsidentin für Afrika und die Organisation der Staaten Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans.

Karas legte 1976 seine Matura in seiner Heimat Österreich ab und engagierte sich anschließend bis zum Jahr 1990 als Bundesobmann in der Schülerunion Österreich sowie der Jungen Volkspartei. Währenddessen begann seine privatwirtschaftliche Tätigkeit in den Jahren 1981–1995 im Banken- und Versicherungssektor. 1983–1990 war Karas Abgeordneter zum Nationalrat des Österreichischen Parlaments. 1996 erhielt er nach einem Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien den Studienabschluss Mag. Phil. sowie 1997 den Abschluss M.B.L. (Master of Business Law) im europäischen und internationalen Wirtschaftsrecht an der Hochschule St. Gallen. 2017 wurde er im Fachbereich Politikwissenschaft an der Universität Wien zum Dr. phil. promoviert.

1999 begann Karas' Arbeit im Europäischen Parlament. In der EVP-Fraktion (Fraktion der Europäischen Volkspartei) war er 1999–2004 war er Präsidiumsmitglied und Schatzmeister, 2002–2004 Wirtschaftssprecher und 2004–2011 Vizepräsident und Schatzmeister. 2004–2019 war er Präsident der SME Intergroup (Intergroup on Small and Medium-Sized Enterprises). 2006–2009 sowie 2011–2019 war er Leiter der ÖVP-Delegation. 2009–2011 war er außerdem als EVP-Koordinator im Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (CRIS) tätig, sodann in den Jahren 2014–2019 als Vorsitzender der interparlamentarischen Delegation für die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Seit 2019 ist Karas Vorsitzender des Steering Committee des European Parliamentary Financial Services Forum (EPFSF). Sowohl 2012–2014 als auch von 2019–2022 war er Vizepräsident des Europäischen Parlaments, woran sich seine jetzige Tätigkeit als Erster Vizepräsident anschloss. Schließlich ist er seit 2020 stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses für Steuerfragen (FISC).

Seit 1998 engagiert sich Karas als Präsident des Hilfswerkes Österreich, welches als einer der größten gemeinnützigen Anbieter gesundheitlicher, sozialer und familiärer Dienste in Österreich zählt. Es setzt sich u.a. ein für eine Pflegereform und die Förderung von Kindern und Kinderbetreuung. Er ist Mitgründer und Obmann des 2009 gegründeten BürgerInnen Forum Europa.

Karas ist verheiratet und hat einen Sohn.



**Arndt Kirchhoff** (\*1955) ist seit 2016 Präsident der Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw) und Vorsitzender des Beirats der KIRCHHOFF Gruppe mit Sitz in Iserlohn.

Er studierte von 1976-1982 Wirtschaftsingenieurwesen und Maschinenbau an der TU Darmstadt. Arndt Kirchhoff war zunächst Leiter der zentralen Auftragsabwicklung der Deutschen Babcock Werke AG, bevor er 1990 Geschäftsführender Gesellschafter der KIRCHHOFF Gruppe wurde. Seit 2020 ist er Vorsitzender des Beirats der KIRCHHOFF Gruppe.

Seit 2003 ist er Mitglied des Präsidiums des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Zudem ist er seit 2013 Vizepräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und auch Vizepräsident des Verbandes der Deutschen Automobilindustrie (VDA). Präsident des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) ist Kirchhoff auch seit 2013. Seit 2014 ist er Präsident des Verbandes der Metall- und Elektro-Industrie Nordrhein-Westfalen. Als ehrenamtlicher Metallarbeitgeberpräsident von Nordrhein-Westfalen vertritt er den Verband in der Öffentlichkeit sowie gegenüber Politik, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen

Zudem wurde er 2013 zum Vorsitzenden des Hochschulrates der Universität Siegen gewählt und ist Vorsitzender des Mittelstandsbeirates der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Ziel des Beirats ist es, die Mittelstandspolitik pragmatisch an den Bedürfnissen und Bedingungen kleiner und mittlerer Unternehmen zu orientieren.

Kirchhoff ist verheiratet und hat drei Kinder.



**Dr. Margarete Klein** (\*1973) ist Forschungsgruppenleiterin der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

1992–1998 studierte sie Geschichts- und Politikwissenschaft an der LMU München. 2002 wurde sie ebenda promoviert. 2002–2004 war sie PostDoc-Stipendiatin und Lehrbeauftragte an der LMU. 2004–2008 war sie wissenschaftliche Assistentin an der Universität Regensburg. Seit 2008 arbeitet sie als Wissenschaftlerin der o.g. SWP. Die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit liegen in der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik Russlands. Besondere Forschungsschwerpunkte in diesem Rahmen sind Russlands Nahost- und Asienpolitik, Moskaus Verhältnis zur NATO sowie die russische Militärreform und Entwicklung der Collective Security Treaty Organization (CSTO).

Im Jahr 2003 begann ihr rege Veröffentlichungstätigkeit mit dem Schwerpunkt Russland. 2011 nahm Klein am Sicherheitspolitischen Seminar der Bundesakademie für Sicherheitspolitik teil. Im Jahr 2015 war sie Teilnehmerin des Robert Bosch Foundation Fellowship Program an der Transatlantic Academy in Washington, D.C.

Seit 2016 hatte Klein einige Fernsehauftritte für die ARD, Phoenix und arte-tv als Sachverständige, u.a. zur russischen Gruppe Wagner.



**Vitali Klitschko** (\*1971) ist seit dem 25. Mai 2014 Bürgermeister der ukrainischen Hauptstadt Kiew und ist ehemaliger ukrainischer Profiboxer.

Er promovierte zum Doktor der Sportwissenschaften in Kiew. Klitschko gewann den WBC-Weltmeistertitel im Schwergewicht im Jahr 2004 und verteidigte diesen Titel erfolgreich mehrere Male. Er trat als Boxer zurück und beendete seine Karriere im Jahr 2005. Später kehrte er für einen kurzen Zeitraum zurück und gewann seinen Titel im Jahr 2008 zurück, bevor er endgültig zurücktrat.

Er engagierte sich auch politisch und gründete die politische Partei "Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen" (UDAR), die später in "Bürgerlich-Demokratische Allianz" umbenannt wurde. 2006 trat Vitali Klitschko erstmals bei der Wahl zum Bürgermeister der Stadt Kiew an, hatte jedoch die Abstimmung verloren.

Klitschko betonte in Interviews zum russischen Angriffskrieg, dass er als Bürgermeister verantwortlich für die Sicherheit der Menschen ist und auch dafür verantwortlich, dass sie Elektrizität, Wasser und Heizung haben. Zudem wies er darauf hin, dass der Krieg eine große Herausforderung nicht nur für die Ukraine, sondern besonders für die ganze Welt ist. Klitschko war im April 2023 in Hamburg und warnte in seiner Rede im Rathaus, dass der Ukraine-Krieg auch Deutschland direkt betreffe, da ein Teil von Deutschland auch zum großen russischen sowjetischen Reich gehörte.

Er betonte den psychischen Druck, der nun seit mehr als einem Jahr die Bürger bedrückt. Derzeit beschäftigt sich Klitschko im Bereich des russischen Angriffskriegs viel mit den Vorbereitungen für den kommenden Winter.



**Christian Kullmann** (\*1969) ist Vorsitzender des Vorstandes der Evonik Industries AG in Essen.

Er studierte von 1990-1994 Wirtschaftsgeschichte an der Universität Hannover (Abschluss Magister). Kullmann war von 1994 bis 1996 bei der Deutschen Vermögensberatung AG in Frankfurt am Main tätig. Im Jahr 1996 wechselte Kullmann zur Dresdner Bank in Frankfurt am Main und arbeitete dort an verschiedenen Stationen im Generalsekretariat. Er wurde im Jahr 2000 Leiter der Public Relations/Public Affairs im Corporate Center bis er 2003 zur RAG Aktiengesellschaft wechselte. Dort wurde er Leiter des Zentralbereichs Kommunikation und Vorstandsbüro. Im Zeitraum von 2007-2013 war er Leiter des Zentralbereichs Kommunikation und Vorstandsbüro bei Evonik Industries AG. Generalbevollmächtigter der Evonik Industries AG war er von 2013-2014 und Mitglied des Vorstandes der Evonik Industries AG von 2014-2016. Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Evonik Industries AG war er in dem Zeitraum von 2016-2017 und ist seit dem 24. Mai 2017 Vorsitzender des Vorstandes. Auf Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen wurde er zum Mitglied der 17. Bundesversammlung am 13. Februar gewählt. Des Weiteren ist er Mitglied des Senats der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech). Acatech berät Politik und Gesellschaft in technikwissenschaftlichen und technologiepolitischen Zukunftsfragen.

Zudem ist Kullmann Mitglied der Borussia Dortmund GmbH & Co. KGaA. Er ist Mitglied im Aufsichtsrat seit dem 23. Mai 2007 und seit dem 25. September 2021 Vorsitzender des Aufsichtsrates.



**Armin Laschet** (\*1961, CDU/CSU) war 2017–2021 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Seit 2021 ist er Abgeordneter des 20. Deutschen Bundestages und seit 2022 Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Nach seinem Abitur studierte er 1981–1987 Rechts- und Staatswissenschaften in München und Bonn, die er mit dem ersten juristischen Staatsexamen abschloss. Während seiner Studienzeit wurde er durch ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert. 1987–1994 absolvierte er eine Ausbildung zum Journalisten und war als freier Journalist für bayerische Rundfunksender und das Bayerische Fernsehen tätig.

Seit 1979 ist Laschet Mitglied der CDU, 1994 begann seine Tätigkeit in der Landes- und Bundespolitik. Laschet war 1994–1998 Mitglied des 13. Deutschen Bundestages sowie 1999–2005 Mitglied des Europäischen Parlaments. 1995–1999 war er außerdem Verlagsleiter und Geschäftsführer der Einhard-Verlags GmbH. 2005–2010 war er Minister für Generationen, Familien, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. 2012–2021 stand er der CDU Nordrhein-Westfalen als Vorsitzender vor und war in diesem Zeitraum 2013–2017 zudem Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen. 2019–2021 war er Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Deutsch-Französischen Vertrags. 2021–2022 war er Vorsitzender der CDU Deutschlands.

Seit 2022 ist Laschet Vorsitzender des Kuratoriums der RAG-Stiftung und beschäftigt sich in diesem Rahmen mit den Folgen des Steinkohlebergbaus.

Armin Laschet ist verheiratet und hat drei Kinder.



**Mona Neubaur** (\*1977, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist seit Juni 2022 Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen.

Neubaur studierte von 1997-2003 Erziehungswissenschaften, Soziologie und Psychologie an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und erlangte den Abschluss Diplom-Pädagogin. Nach ihrem Studium arbeitete sie zunächst in der Energiewirtschaft. Neubaur war bei dem Ökostromanbieter NATURSTROM AG im Bereich Kommunikation als Referentin tätig. Von 2007-2014 arbeitete Mona Neubaur bei der Heinrich-Böll-Stiftung NRW, davon vier Jahre als Geschäftsführerin.

Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Neubaur seit 1999. 2007-2014 war sie Sprecherin des Kreisverbandes Düsseldorf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie von 2014-2022 Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW.

Im Dezember 2021 wurde Mona Neubaur zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2022 in Nordrhein-Westfalen gewählt. Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen ist sie seit dem 1. Juni 2022. Am 29. Juni 2022 wurde sie als Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie vereidigt. Zugleich ist sie stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen.



**Prof. Peter R. Neumann**(\*1974) ist Professor für Sicherheitsstudien am King's College London.

Von 1994 bis 1999 studierte er in Berlin und Belfast Politikwissenschaft. Das Studium schloss er an der Freien Universität Berlin als Diplom-Politologe ab. Vor seiner wissenschaftlichen Karriere arbeitete Prof. Peter. Neumann in Deutschland als Radiojournalist, u.a. bei RTL und r.s.2 in Berlin. Dann hat er von 1999 bis 2002 am King's College London in War Studies über britische Regierungsstrategien im Nordirlandkonflikt promoviert.

Den UN-Sicherheitsrat hat er im September 2014 bei der Formulierung einer wichtigen Resolution gegen ausländische terroristische Kämpfer beraten. Im Jahr 2017 war er außerdem Sonderbeauftragter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) für die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus. Er war als Sachverständiger für die britische Staatsanwaltschaft, die nordirische Staatsanwaltschaft und das schottische Crown Office tätig.

Neumann hat sehr viele von Experten begutachtete Artikel verfasst, die sich mit verschiedenen Aspekten des Terrorismus und der Radikalisierung befassen. Prof. Dr. Neumann gründete den Master of Arts in Terrorismus, Sicherheit und Gesellschaft an dem „Department of War Studies“. Er hat am King's College London, an der Georgetown University, an der Johns Hopkins University und an der Sciences Po (Lyon) Kurse über Terrorismus, Terrorismusbekämpfung, Nachrichtendienste, Radikalisierung und Anti-Radikalisierung gehalten.

Derzeit arbeitet er an einer Forschungsmonographie über die Ideen und Ideologen der heutigen extremen Rechten.

Zudem ist er Autor oder Koautor von sieben Büchern wie zum Beispiel von dem Buch: „Donald Trump's War on Terror“. Kürzere Artikel und Meinungsbeiträge sind in der New York Times, Der Spiegel, The London Review of Books und dem New Scientist erschienen.



**Boris Pistorius** (\*1960, SPD) ist seit Januar 2023 Bundesminister der Verteidigung.

Nach seinem Abitur absolvierte er 1978–1980 eine Lehre zum Groß- und Außenhandelskaufmann sowie den Wehrdienst in den Jahren 1980 und 1981. Anschließend studierte er 1981–1987 Rechtswissenschaften in Osnabrück und Münster und schloss dieses Studium 1987 mit dem ersten Staatsexamen ab. Es folgten Referendariat in den Jahren 1987-1990 und der Abschluss des zweiten Staatsexamens. In den darauffolgenden zwei Jahren arbeitete er als Rechtsanwalt und Dezernent der Bezirksregierung Weser-Ems. 1991 bis 1995 war er persönlicher Referent des damaligen Innenministers Gerhard Glogowski, dessen Büro er 1995–1996 leitete. 1997–2006 war er erneut in der Bezirksregierung Weser-Ems als Leiter verschiedener Dezernate und Abteilungen tätig sowie 1999–2002 als zweiter Bürgermeister der Stadt Osnabrück. In diesem Zeitraum war er zudem in den Jahren 1996–2013 Ratsmitglied als auch 2006–2013 Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück. Vor seiner Ernennung zum Bundesverteidigungsminister war Pistorius 2013–2023 niedersächsischer Minister für Inneres und Sport.

Als Verteidigungsminister reiste Pistorius im Juni 2023 zum offiziellen Antrittsbesuch in die USA und betont die Bedeutung des lebendigen Verhältnisses der USA und Deutschland, auch in Bezug auf die europäische Sicherheit. In diesem Zuge sicherte er auch der Ukraine Unterstützung zu, zum Beispiel durch die Ausbildung ukrainischer Soldat\*innen, hob aber auch hervor, dass die NATO nicht zu einer Kriegspartei werden dürfe. Des Weiteren wurde die für Frieden und Sicherheit notwendige Freiheit und Offenheit im Indo-Pazifik und der Arktis besprochen, für die sich beide Seiten einsetzen wollen, unter anderem mit Marineeinsätzen zur Überwachung der UN-Sanktionen gegen Nordkorea.

Zu diesem Zweck reiste er im Juni 2023 nach Singapur, Indonesien und Indien und nahm dort seit längerer Zeit als erster deutscher Verteidigungsminister am Shangri-La-Dialog teil, dem indopazifischen Pendant zur Münchner Sicherheitskonferenz. Für 2024 ist die Teilnahme einer deutschen Fregatte an der multinationalen maritimen Großübung Rim of the Pacific sowie eine Teilnahme der Luftwaffe an der Übung Pitch Black in Australien geplant.



**Bundesminister a.D. Ronald Pofalla** (\*1959, CDU/CSU) war Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes in den Jahren 2009–2013 und war der letzte Vorsitzende des Petersburger Dialogs.

Nach dem Besuch der Volks- und Hauptschule Weeze erhielt er 1975 die mittlere Reife. Anschließend besuchte er die Fachoberschule für Sozialpädagogik Kleve, von der er 1977 mit der Fachhochschulreife abging. Es folgten ein Studium der Sozialpädagogik an der FH Düsseldorf 1977–1981 (Abschluss Diplom Sozialpädagoge) sowie ein Studium der Rechtswissenschaft 1981–1987, an dessen Ende er das erste juristische Staatsexamen ablegte. 1988–1991 war Pofalla Rechtsreferendar am Landgerichte Kleve, woraufhin er 1991 das zweite juristische Examen ablegte und seine Zulassung als Rechtsanwalt erhielt.

1975 erfolgte Pofallas Eintritt in die CDU. In diesem Rahmen war er 1979–1992 Vorsitzender der CDU-Fraktion der Gemeinde Weeze, 1986–1992 Landesvorsitzender der Jungen Union Nordrhein-Westfalen und 1991–2007 Kreisvorsitzender der CDU Kleve. Seit 1999 ist er Mitglied im CDU-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen sowie seit 2000 Bezirksvorsitzender der CDU Niederrhein.

Auf Bundesebene aktiv ist Pofalla seit 1990 als Mitglied des Bundestages für die CDU-Fraktion. 2002–2004 war er Justiziar seiner Fraktion, 2005–2005 stellvertretender Vorsitzender derselben mit den Bereichen Wirtschaft und Arbeit. 2005–2009 war er Generalsekretär der CDU Deutschlands. Ende 2014 verzichtete er auf seine Mitgliedschaft im 18. Bundestag und schied aus dem Bundestag aus.

2015–2022 war Pofalla Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bahn und dort zuständig für Infrastruktur. Seit 2022 ist er Geschäftsführer der Gröner Group AG (Unternehmen im Sektor der nachhaltigen Immobilienwirtschaft).

Nachdem Pofalla 2015 erstmals den Petersburger Dialog leitete, wurde er 2018 als Vorstandsvorsitzender wiedergewählt.



**Bundesminister a.D. Peer Steinbrück** (\*1947, SPD) war Bundesminister der Finanzen in den Jahren 2005–2009 und Abgeordneter des 18. Bundestages 2013–2016.

Nach seinem Abitur 1968 diente er zwei Jahre bei der Bundeswehr. 1970–1974 folgte ein Studium der Volkswirtschaft und der Sozialwissenschaft an der Universität Kiel, welches er mit dem Diplom Volkswirt abschloss. 1969 trat er in die SPD ein, 1974 begann seine Arbeit auf Bundesebene, zunächst mit einem zweijährigen Werkvertrag mit dem Bundesbauministerium. In den Jahren 1976–1985 war arbeitete er in verschiedenen Tätigkeitsfeldern für das Bundesbauministerium und das Bundesministerium für Forschung und Technologie sowie im Arbeitsbereich Umweltschutz. Im Zeitraum von 1986–1992 war er auf Landesebene tätig, zunächst im Büro des Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens und anschließend im Umweltministerium Schleswig-Holsteins. 1992 war er Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, von 1993–2000 Minister ebendieses Ministeriums. 2000–2005 war er Mitglied des Landtags sowie währenddessen 2000–2002 Finanzminister und 2002–2005 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig mit seiner Tätigkeit als Bundesfinanzminister 2005–2009 saß er der SPD stellvertretend vor. Für den 18. Bundestag 2013 kandidierte er für die SPD als Kanzler. Von 2014–2016 war er Vorsitzender der Parlamentariergruppe USA im Bundestag.

1995 trat Steinbrück in die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) ein. Seit 2016 ist er Senior Advisor der Bank ING-DiBa.

Seit 2017 ist Steinbrück Kuratoriumsvorsitzender der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung. Zudem ist er zum aktuellen Zeitpunkt Kuratoriumsmitglied der Helmut und Loki-Schmidt-Stiftung, Vizepräsident des Senats der deutschen Nationalstiftung, Mitglied des Vereins der Friedrich-Ebert-Stiftung, Mitglied des politischen Beirates des Wirtschaftsforums der SPD e.V., Vorsitzender des Aufsichtsrates des Payment-Dienstleisters eClear AG (Tax Technology Innovation Made for Europe) und schließlich Honorarprofessor für Finanzwirtschaft und internationale Finanzpolitik der Universität Leipzig.

Steinbrück ist verheiratet und hat drei Kinder.



**Péter Szijjártó** (\*1978) ist Minister für Auswärtiges und Außenhandel von Ungarn.

Er absolvierte sein Abitur am Czuczor Gergely Benedictine Gymnasium in Győr und erhielt 2002 einen Abschluss in Außenpolitik von der Budapester Universität für Wirtschaftswissenschaften und öffentliche Verwaltung. Er ist seit 2002 Abgeordneter der Partei Fidesz und begann 2018 seine fünfte Amtszeit im Parlament. Von 2006 bis 2010 war er Kommunikationsdirektor der Fidesz, von 2010 bis 2012 Sprecher des Premierministers und von 2012 bis 2014 Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten und Außenwirtschaftsbeziehungen im Büro des Premierministers.

Im Juni 2014 wurde er zum stellvertretenden Außen- und Handelsminister ernannt, und seit dem 23. September 2014 ist er ungarischer Außen- und Handelsminister.

Péter Szijjártó hat 2021 in Moskau von seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow den russischen Freundschaftsorden für seine Arbeit zum Ausbau der ungarisch-russischen Beziehungen erhalten. Im April 2023 hatte Ungarn in Moskau neue Verträge über zusätzliche Lieferung von Erdgas abgeschlossen und hält somit trotz des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine an Handelsbeziehungen zu Moskau fest. Péter Szijjártó reiste für die Verträge im Juli 2022 nach Moskau, während die meisten EU-Mitglieder sich wegen des Ukraine-Einmarschs vom russischen Präsidenten Wladimir Putin distanziert haben und versuchen, ihre Länder unabhängig von fossilen Brennstoffen aus Russland zu machen.

Szijjártó ist verheiratet und hat zwei Söhne.



**Hendrik Wüst** (\*1975, CDU) ist seit dem 27. Oktober 2021 der 12. Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Am 28. Juni 2022 wurde er von den Mitgliedern des Landtags erneut zum Ministerpräsidenten gewählt und vereidigt.

Nach seinem Abitur studierte er von 1995-2000 Rechtswissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster und absolvierte sein erstes juristisches Staatsexamen. Von 2000-2003 machte er sein Referendariat in Münster, Coesfeld und Brüssel und schloss sein zweites juristisches Staatsexamen ab und erhielt die Zulassung als Rechtsanwalt. Dann arbeitete er für die Unternehmensberatung EUTOP, zunächst als Referendar. 2006-2010 war er Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen. Wüst war von 2010-2017 Geschäftsführer des Zeitungsverlegerverbandes Nordrhein-Westfalen, des Verbandes der Betriebsgesellschaften Nordrhein-Westfalen und der Pressefunk GmbH. Unter anderem war er in dem Zeitraum von 2014-2017 Geschäftsführer der dein.fm Holding und von 2017-2021 Minister für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen.

Wüst ist seit 1992 Mitglied der CDU. 1994-2009 war er Stadtverordneter im Rat der Stadt Rhede und von 2000-2006 der Vorsitzender der Jungen Union Nordrhein-Westfalen. 2002-2012 war er Mitglied im Bundesvorstand der CDU Deutschlands und von 2013-2022 Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU Nordrhein-Westfalen. Direkt gewählter Abgeordneter des Landtages Nordrhein-Westfalen ist er seit 2005 und Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen ist er seit Oktober 2021.

Wüst ist des Weiteren Vorsitzender des Kuratoriums der Nordrhein-westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste, der Heinz-Kühn-Stiftung, der Kunststiftung NRW, der Stiftung zur Nachwuchsförderung im Leistungssport – Sportstiftung NRW, der Stiftung Entwicklung und Frieden, der Stiftung Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen und der Stiftung Museum Schloss Moyland. Er ist Vorsitzender des Stiftungsrates der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege sowie der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen. Wüst ist Mitglied des Kuratoriums der Brost Stiftung und der RAG-Stiftung und beschäftigt sich im Rahmen der RAG-Stiftung mit den Folgen des Steinkohlebergbaus.

Die Landesregierung NRW möchte Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas entwickeln.

Als erster deutscher Ministerpräsident nahm Hendrik Wüst am 5. Mai 2023 an den nationalen Feierlichkeiten zum niederländischen Befreiungstag in Zwolle teil, mit dem in den Niederlanden jedes Jahr an die Befreiung von der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg erinnert wird.

Hendrik Wüst ist verheiratet und hat eine Tochter.



**Dr. Reinhard C. Zinkann** (\*1959) ist geschäftsführender Gesellschafter des Gütersloher Hausgeräteherstellers Miele.

Nach seinen Studien in Freiburg, Harvard und Köln promovierte er an der TU Berlin mit einer Dissertation über Produkthaftung. Erste berufliche Station vor seinem Eintritt 1992 in das Familienunternehmen, zu dessen Mitbegründern sein Urgroßvater zählte, waren die Bayerischen Motoren Werke (BMW) in München. Neben seiner Aufgabe als Inhaber von Miele übt Dr. Zinkann heute eine Reihe von Mandaten in der Wirtschaft aus. So ist er in der Schweiz Verwaltungsratspräsident der Hipp Holding AG, in Deutschland sitzt er dem Aufsichtsrat der Falke Gruppe vor und ist Mitglied des Aufsichtsrates der Drägerwerke. Den Beirat der Nobilia-Werke leitet er.

Darüber hinaus engagiert Dr. Zinkann sich ehrenamtlich in vielen Organisationen der Bundesrepublik. Sein Engagement für die Wirtschaft seiner Heimat dokumentiert er durch den langjährigen Vorsitz in der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe.